

Zeitschrift: ZeitBild
Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut
Band: 25 (1984)
Heft: 9

Artikel: Ein Kampf mit dem Spiegelbild : die sowjetische Parteiführung tadelt die sowjetische Wirtschaftswissenschaft
Autor: Bruderer, Georg
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-1094565>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 18.04.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Die sowjetische Parteiführung tadelt die sowjetische Wirtschaftswissenschaft

Ein Kampf mit dem Spiegelbild

Dass die sowjetische Wirtschaftstheorie nicht viel taugt und überholungsbedürftig ist, das haben parteifeindliche Elemente schon früher gesagt. Doch jetzt sagt es auch die Partei. Ohne es so zu sagen.

Zur Ausbildung der sowjetischen Wirtschaftsfachleute gibt es neben den rund 200 Wirtschaftsfakultäten an Universitäten oder Technischen Hochschulen noch rund 40 eigentliche Wirtschaftshochschulen. Drei Institutionen sind aber als Ausbildungs- und Forschungsstätten von zentraler Bedeutung:

- Das Institut für die Leitung der Volkswirtschaft beim Ministerrat, gegründet 1971. Das ist eine faktische Manager-Hochschule.

- Die Akademie der Volkswirtschaft, gegründet 1978. Sie ist die eigentliche Lehranstalt höchster Stufe für die «Kapitäne der sozialistischen Wirtschaft». Man will ihre «Fähigkeit zur objektiven Analyse» fördern, aber im richtigen Sinn der Partei. Wie Breschnew sagte: «Wir brauchen Fachleute, die Kompetenz und Unternehmungslust mit Parteilichkeit und Sorge um das Gesamtwohl zu verbinden wissen.»

- Das Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften, gegründet Ende der dreissiger

Jahre. Das ist die Hauptinstitution der sowjetischen Wirtschaftswissenschaft; hier sollen die theoretischen Grundlagen für die sozialistische Wirtschaftsentwicklung ausgearbeitet werden.

Ein Sünden katalog . . .

Und nun stellt sich heraus, dass ausgerechnet diese grundlagenmässig wichtigste Institution offenbar vollständig versagt hat.

Das sagen nicht wir, das sagt die Partei. Hier zuvor einige ihrer diesbezüglichen Aussagen von amtlichem Gewicht:

«Das Wirtschaftsinstitut der Akademie der Wissenschaften hat es nicht zuwege gebracht, zum führenden Zentrum der Wirtschaftswissenschaft des Landes zu werden. Einen wesentlichen Einfluss hat es weder auf die Wirtschaftswissenschaft noch auf die volkswirtschaftliche Praxis.»

«Die methodischen Fragen der politischen Ökonomie des Sozialismus werden (*vom Institut*) ungenügend behandelt, und ihre Isolierung von der Praxis ist geblieben.»

«Was die Schwerpunktprobleme sind, wenn es darum geht, das sozialistische Wirtschaftssystem zu vervollkommen, wird (*vom Institut*) ungenügend analysiert.»

«Wie (*das Institut*) die Probleme der Produktionseffizienz untersucht, entspricht nicht den aktuellen Anforderungen.»

«Es besteht keine wirksame Zusammenarbeit zwischen dem Institut und den Planungsbehörden.»

«Die wissenschaftliche Arbeitsorganisation weist in Stil und Methodik schwerwiegende Mängel auf. Die Wissenschaftler werden oft von den Hauptfragen abgelenkt. Die wissenschaftliche Diskussion in der (*vom Institut herausgegebenen*) Zeitschrift «Woprosy ekonomiki» wird vernachlässigt.

«Die Kritik der antimarxistischen Theorien trägt der Tatsache nicht Rechnung, dass sich der ideologische Kampf in den internationalen Beziehungen verschärft hat.»

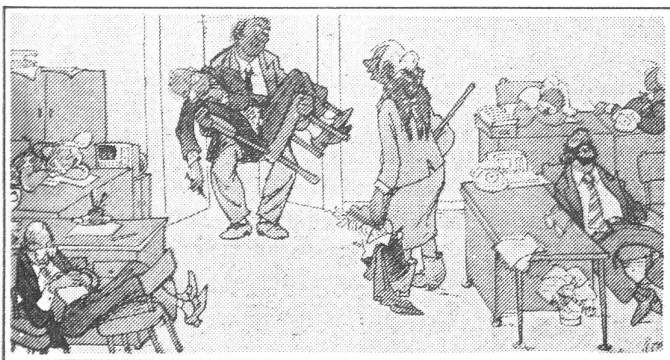
«Die Kaderauslese ist ungenügend. Es gibt am Institut wissenschaftliche Mitarbeiter, die für ernsthafte theoretische Untersuchungen ungenügend vorbereitet sind und überhaupt keine Kreativität haben.»

. . . für einen Sündenbock

Wir bringen absichtlich diese lange Zitatensammlung, um dem oft gehörten Vorwurf von Einseitigkeit und Schwarzmalerei bei der Schilderung der sowjetischen Wirtschaft zu begegnen. Die hier angeführten Äusserungen über den katastrophalen Zustand der sowjetischen Wirtschaftswissenschaften sind sogar nur ein kleiner Teil der Mängelliste, die das Zentralkomitee der KPdSU in seinem speziellen Beschluss «Über die Hebung der Rolle des Wirtschaftsinstituts der Akademie der Wissenschaften der UdSSR» (Februar 1984) zusammengestellt hat.

Die massiven Vorwürfe der Parteiführung lassen vermuten, dass man für die wirtschaftliche Misere und für das entsprechende Fiasko der kommunistischen Wirtschaftstheorien jetzt unbedingt Sündenböcke braucht. Der Zustand ist offenbar so, dass man der Öffentlichkeit «die Schuldigen» präsentieren muss, und natürlich dürfen es nicht die Parteitheoretiker sein.

Angesichts der höchsten Schelte an die höchste Institution der Wirtschaftswissenschaften müsste sich der Sowjetbürger direkt fragen, was die hochkotierte Fachleute dieser wissenschaftlichen Hochburg eigentlich bisher überhaupt getan haben, wenn die Partei heute feststellt, dass die Wirtschaftswissenschaft «die wirtschaftlichen Gesetze des Sozialismus und ihre Anwendungsmethoden» erst erarbeiten sollte – und dazu gleich noch «die theoretischen Grundlagen für komplexe Führung und



«Wohin mit ihm? Das ist der Neue aus dem andern Forschungsinstitut.»

(«Krokodil», Moskau, Nr. 25/1982)

Planung der Volkswirtschaft». Denn so lauten ausdrückliche Forderungen im erwähnten ZK-Beschluss. Was war denn bisher mit der sozialistischen Wirtschaft?

Nachschele und Vervollkommnungswünsche

Bei der Breitseite der Parteiführung gegen die Wirtschaftswissenschaft handelt es sich nicht um eine einmalige Massregelung, wie man sie für rückständige Bereiche dann und wann für nötig hält, sondern offensichtlich um eine langfristige, konzertierte Aktion.

Der ZK-Beschluss über das Wirtschaftsinstitut wurde im Februar 1984 gefasst. Im März folgte dann in der Parteizeitung «Prawda» ein Leitartikel unter dem Titel «Zur Hebung des Niveaus der wirtschaftlichen Forschung». In diesem Bereich sind übrigens, wie man beiläufig erfährt, in der Sowjetunion 109 000 Wissenschaftler beschäftigt (oder wenigstens angestellt).

Der Beitrag zählt nach ZK-Vorbild eine Menge von Mängeln auf und nennt dann zur Behebung der Missstände einige praktische Sofortmassnahmen:

- Untersuchungen über die Rolle der ökonomischen Massnahmen und stimulierenden Motive zur Entwicklung und Verbesserung der Produktion.
- Untersuchungen über die Möglichkeit radikaler Steigerung der Arbeitsproduktivität.
- Erforschung der «vervollkommeneren» Planung und Wirtschaftsleitung.
- Förderung von Zusammenhang und Zusammenarbeit zwischen den einzelnen Wirtschaftszweigen und den einzelnen Wirtschaftsregionen des Landes.

- Auswertung von Ergebnissen ökonomischer Experimente.

- Qualitative Verbesserung der wissenschaftlichen Forschung und insbesondere der Dissertationen.

(Jetzt weiss man, was man sich unter «praktischen Sofortmassnahmen» etwa vorstellen kann. Aber die gestelzt präsentierten Gemeinplätze haben für ihren Formulierer wenigstens den Vorteil, dass er damit nichts Falsches sagt, ebensowenig wie seine beliebig vielen Vorgänger in den letzten Jahrzehnten.)

Wieder einen Monat später, im April dieses Jahres, veröffentlichte die Zeitschrift «Ekonomitscheskaja gaseta» (Moskau, Nr. 15/1984) einen grossen Beitrag vom Parteisekretär des gerügten Wirtschaftsinstituts. Eine Gegendarstellung? Natürlich nicht. Der Beitrag wiederholt selbstkritisch («die ernsthaften Mängel unserer Arbeit», «wir haben versäumt...») die Vorwürfe der Parteiführung. Der Parteisekretär macht lediglich mit feinen Mitteln klar, dass die beanstandeten Missstände der *wissenschaftlichen* Institutsleitung (also nicht ihm) anzulasten seien, denn an diese adressiert er ausdrücklich seine Reform- und Korrekturvorschläge:

- Theoretische Untersuchungen müssen bis zu ihrer konkreten Anwendung in der Praxis fortgesetzt werden.
- Wissenschaftliche Untersuchungen müssen auf Antrag der Wirtschaftsministerien und anderer zentraler Wirtschaftsorgane durchgeführt werden.
- Das Hauptkriterium zur Beurteilung des Wertes von wissenschaftlichen Arbeiten soll nicht mehr die Zahl der wissenschaftlichen Publikationen sein, sondern ihr praktischer Nutzen.

- Bei der Behandlung von theoretischen Problemen muss der Wissenschaftsrat des Instituts eine führende Rolle spielen.

Auf die an sich grundlegenden Vorwürfe des Zentralkomitees wirken solche Besserungsgelöbnisse als Antwort eher erratisch und ausserhalb des Themas. Irgendwie so: «Der Chef hat mir vorgeworfen, dass ich meine Arbeitszeit kontraproduktiv verbringe. Um mich zu bessern, will ich von jetzt an länger arbeiten.»

Tatsächlich aber ist diese Art von danebenliegender Reaktion die einzig mögliche. Denn wenn der Chef beim Untergebenen das tadelt, was er selbst angeordnet hat, dann darf der Untergebene den Tadel nicht zu gut verstehen. Und das ist in der Sowjetunion das Verhältnis von Partei und Institutionen.

Das Dilemma

Es stimmt schon, dass das Führungssystem der sowjetischen Wirtschaft einer grundlegenden Reorganisation bedarf. Dem stehen aber zwei Hindernisse entgegen, die von der Partei selbst zu verantworten sind.

1. Für die Partei ist es angesichts ihres Führungsanspruchs theoretisch und praktisch ein Ding der Unmöglichkeit, sich selbst zu desavouieren. Sie hat jahrzehntelang eine unrealistische und grundsätzlich falsche ökonomische «Religion» gepredigt. Und die Parteiführer müssten jetzt eigentlich sagen: «Wir haben euch die falsche Religion gepredigt; jetzt versuchen wir es mit einer andern Religion, aber wir bleiben eure Priester.» Und ein öffentliches Eingeständnis dieser Art liegt natürlich nicht drin.

(Abgesehen davon führt die Einsicht, dass es «so» nicht geht, noch lange nicht automatisch zur Einsicht, wie es «anders» gehen soll. Dass das ZK den Wissenschaftlern vorwirft, ihre Kritik der antimarxistischen Theorie nicht dem international verschärften ideologischen Kampf angepasst zu haben, ist bezeichnend. Gegenüber wirklich andern Modellen wünscht man nicht ein Mehr an Toleranz, sondern an Intoleranz.)

2. Die Parteihierarchie ist sozusagen naturgemäss reformfeindlich. Gerade die typischen Angehörigen der parteibürokratischen Nomenklatur sträuben sich schon aus Selbsterhaltungstrieb gegen jegliche Neuerungen, die auf Kosten von Privilegien und gutbezahlten Stellen im aufgeblähten Verwaltungsapparat gehen würden. Wenn es um die Wurst geht, ist dieser Reflex zuverlässig stärker als die unverbindlich formulierten Empfehlungen zum Abbau bürokratischer Auswüchse.

Solange die Parteiführer und die Nomenklaturleute für sich persönlich keine Vorteile durch grundlegende wirtschaftliche Reformen zu erwarten haben, bleiben alle Beschlüsse und Verordnungen über Veränderungen im Bereich der Wirtschaftstheorie selbst nur eine Theorie.

Georg Bruderer



Im Forschungsinstitut «Dies und Jenes» findet der Aufstand der Computer statt, weil man ihnen doch nichts zu futtern gibt, was eines Denkapparates würdig wäre.

(«Krokodil», Moskau, Nr. 8/1984)